

LANDTAG INTERN

INFORMATIONEN FÜR BÜRGERINNEN UND BÜRGER

Nachts im Parlament

5.000 Gäste und eine besondere Atmosphäre

LANDTAG
NRW

INHALT



Foto: Schälte

Schwerpunkt: Kinderbetreuung

S. 9 [Anhörung zu Kita-Plätzen](#)

S.10 [Standpunkte](#)

Plenum

S. 3 [Solidarität mit Jüdinnen und Juden](#)

Landtag verabschiedet Antrag von CDU, SPD, Grünen und FDP

S. 4 [Radikalisierung über Soziale Medien](#)

Aktuelle Stunde: 15-Jähriger in U-Haft

S. 5 [Engpässe bei Medikamenten](#)

Aktuelle Stunde zur Versorgungslage

S. 6 [Meldungen aus dem Plenum](#)

S. 8 [Gesetzgebung](#)

S. 12 [Parlamentsnacht: Mehr als 5.000 Gäste feiern Fest der Demokratie](#)

Politik, Kultur und ein Blick ins All

S. 14 [„Spiegelbild“ – ein Gerhard-Richter-Werk für den Landtag](#)

Dauerleihgabe in der Wandelhalle

S. 16 [Gedenken an die Opfer des 7. Oktober 2023](#)

Vor einem Jahr: Terrorangriff der Hamas auf Israel

S. 18 [Aus den Fraktionen](#)

Forum

S. 20 [Infos auf Papier – auch in Online-Zeiten gefragt](#)

Serie: Angebote des Landtags

S. 21 [Duell ums Weiße Haus](#)

Parlamentsgespräch zur Wahl in den USA

S. 22 [Porträt: Dilek Engin \(SPD\)](#)

S. 23 [Kurz notiert](#)



Erinnern, Gedenken, Mahnen

9. Oktober 2024 – Der Anschlag der radikal-islamischen Hamas vom 7. Oktober 2023 war das schlimmste Massaker an Jüdinnen und Juden seit dem Holocaust. Ein Jahr danach hat der Landtag der weit mehr als 1.000 Opfer gedacht und seine Solidarität mit den Menschen in Israel bekräftigt. Zugleich setzten die Abgeordneten ein deutliches Zeichen gegen den wachsenden Antisemitismus in Deutschland und Nordrhein-Westfalen.

Der Debatte lag ein gemeinsamer Antrag der Fraktionen von CDU, SPD, Grünen und FDP zugrunde ([18/10874](#), Neudruck), der einstimmig angenommen wurde. Darin heißt es unter anderem, dass das Existenzrecht und die Sicherheit des Staates Israel nicht verhandelbar seien.

Nordrhein-Westfalen setze sich für einen dauerhaften Frieden in der Region ein, „der in einer verhandelten Zwei-Staaten-Lösung weiterhin die beste Chance hat. Diese Chance darf nun durch die Eskalation des Krieges nicht gänzlich vertan werden“. Der Landtag verurteilte alle Formen des Antisemitismus, der nach dem Anschlag vom 7. Oktober „in erschreckender Form sichtbar geworden“ sei.

„Der Angriff hat das Leben aller Menschen in Israel für immer verändert“, sagte CDU-Fraktionschef **Thorsten Schick**: Die Menschen lebten in Angst, jederzeit das Ziel großer terroristischer Attacken werden zu können. „Wir tun alles, damit sich Juden in unserem Land sicher fühlen“, betonte der Abgeordnete und verwies auf ein entsprechendes Sicherheitspaket der Landesregierung. „Der Nahostkonflikt darf nicht auf unseren Straßen ausgetragen werden.“

Rodion Bakum (SPD) sprach von einer „Achse des Hasses“. „Als Deutscher mit jüdischen Wurzeln trifft mich das persönlich“, sagte er. Die Anfeindungen gegenüber Jüdinnen und Juden „kommen mir näher, als ich es je erwartet hätte“. Viele deutsche Jüdinnen und Juden fragten sich: „Bin ich noch sicher in meiner Heimat?“ Bakum betonte: „Nordrhein-Westfalen steht fest an der Seite Israels.“ Zudem unterstrich er: „Wir vergessen die Opfer und die Geiseln nicht.“

„Wir alle sind gefordert, Antisemitismus zu widersprechen und zu bekämpfen“, sagte **Verena Schäffer**, Fraktionschefin der Grünen. Das Existenzrecht Israels sei nicht verhandelbar. Zugleich widerspreche das Selbstverteidigungsrecht Israels nicht dem humanitären Völkerrecht. Mehr humanitäre Hilfe für die Menschen in Gaza sei wichtig. „Das Leid der Menschen in Israel zu sehen, steht nicht im Widerspruch dazu, das Leid der Menschen in Gaza zu sehen“, so Schäffer.

Der Nahostkonflikt sei komplex und kompliziert, sagte FDP-Fraktionschef **Henning Höne**. Bestimmte Dinge aber seien einfach: Israel sei angegriffen worden und habe das Recht, sich zu verteidigen. Das Existenzrecht und die Sicherheit des Staates Israel sowie der in Deutschland lebenden Jüdinnen und Juden seien nicht verhandelbar. Ursache des „neu aufgeflamten Konflikts“ sei allein der Angriff der Hamas. Wer das verschweige, betreibe eine „ekelhafte Umkehr von Tätern und Opfern“.

Dreifaches Versprechen

Sven W. Tritschler (AfD) sprach von „Symbolpolitik“. Gerne werde „in Sonntagsreden die unverbrüchliche Solidarität mit Israel beschworen“. Dann sei viel von „Staatsräson“ und der besonderen Verantwortung Deutschlands die Rede. Die AfD teile diese Haltung uneingeschränkt, ziehe aber „ehrliche Konsequenzen“. Tritschler kritisierte die finanzielle Unterstützung des UN-Flüchtlingshilfswerks im Nahen Osten durch Deutschland. Tatsächlich handle es sich um ein „Hamas-Hilfswerk“.

„Heute stehen wir als Demokratinnen und Demokraten zusammen und geben ein dreifaches Versprechen ab“, sagte Ministerpräsident **Hendrik Wüst** (CDU): „Wir schützen jüdisches Leben in unserem Land. Wir verurteilen Antisemitismus auf der ganzen Welt. Und wir geben ein deutliches Bekenntnis zum Existenzrecht Israels.“ Nach dem Terrorakt der Hamas habe die Landesregierung mit einem Zehn-Punkte-Plan den Kampf gegen Antisemitismus verstärkt. Auch das Maßnahmenpaket nach dem Anschlag in Solingen diene dem Schutz von Jüdinnen und Juden.

Ein Entschließungsantrag der AfD-Fraktion ([18/10971](#)) wurde mit den Stimmen der anderen Fraktionen abgelehnt.

Am Jahrestag des Anschlags in Israel fand im Landtag eine Gedenkveranstaltung statt. Mehr dazu lesen Sie auf den Seiten 16 und 17.

sow, zab

Radikalisierung über Soziale Medien

9. Oktober 2024 – Ein 15-Jähriger aus Wuppertal steht im Verdacht, Anschläge gegen jüdische Einrichtungen geplant zu haben. Er sitzt in Untersuchungshaft. Es gebe Hinweise, dass die Radikalisierung des Jugendlichen über Soziale Medien erfolgt sei, schreibt die FDP-Fraktion. Sie hatte eine Aktuelle Stunde zum Thema beantragt.



Fotos: Schälte

Marc Lürbke (FDP)

Gregor Golland (CDU)

Christina Kampmann (SPD)

Dr. Julia Höller (Grüne)

Enxhi Seli-Zacharias (AfD)

Innenminister
Herbert Reul (CDU)

Die ersten Hinweise auf den 15-Jährigen seien nach dem Anschlag im benachbarten Solingen eingegangen, heißt es im Antrag ([18/10953](#)). Bei der Auswertung sichergestellter Datenträger durch die Polizei habe sich ein „dringender Tatverdacht“ ergeben. So solle ein Islamist im Ausland den Jungen in einem Chat angestachelt haben, ein Attentat zu verüben. Zudem solle sich der Wuppertaler im Internet mit Flaggen der Terrormiliz Islamischer Staat gezeigt haben. Das Land müsse die Prävention und Ermittlungsarbeit gegen die Radikalisierung von Jugendlichen über Soziale Medien intensivieren, fordert die FDP-Fraktion.

„Konsequenter handeln“

NRW müsse konsequenter handeln, forderte [Marc Lürbke](#) (FDP). In Wuppertal habe ein junger Mann offensichtlich den festen Plan verfolgt, Jüdinnen und Juden zu töten – ermutigt von radikalen Islamisten, die zunehmend über Soziale Medien agierten. Lürbke: „Wir müssen TikTok-Dschihadisten den Stecker ziehen.“ Programme der Landesregierung seien jedoch nur ein Feigenblatt und ohne Wirkung. Es fehle eine Gegenstrategie. Stattdessen spare die Landesregierung beim Verfassungsschutz und werde somit zum „Sicherheitsrisiko“.

„Wir handeln schnell, klar und konsequent – vor Solingen und nach Solingen“, entgegnete [Gregor Golland](#) (CDU). Dass 34 ausreisepflichtige Gefährder in NRW aktuell nicht abgeschoben werden könnten, liege an Regelungen des Bundes. Justizminister Marco Buschmann (FDP) habe die Möglichkeit, die Sicherheitslage bundesweit massiv zu verbessern, versäume dies jedoch. Maßnahmen der Landesregierung zur Prävention und Intervention wiederum seien sehr erfolgreich, etwa die Programme „Wegweiser“ sowie „Islamismus NRW“.

Islamistische Täter instrumentalisierten den Islam für eigene Zwecke, sagte [Christina Kampmann](#) (SPD). Bundesweit liege der

Schwerpunkt des Islamismus in NRW. Die Landesregierung komme ihrer Verpflichtung nicht nach, gezielt dagegen vorzugehen. Sie zeige lediglich mit dem Finger auf den Bund, während Probleme in NRW immer größer würden. Kampmann warf der Landesregierung „Verlogenheit“ vor, da sie nach dem Anschlag von Solingen ein Maßnahmenpaket gegen Islamismus vorgelegt und zeitgleich beim Verfassungsschutz gespart habe.

[Dr. Julia Höller](#) (Grüne) dankte den Sicherheitsbehörden, dass sie den Fall aus Wuppertal aufgedeckt hätten. Sie kritisierte, dass die FDP die Forderung nach konsequenter Abschiebung von ausländischen Gefährdern in ihren Antrag aufgenommen habe. Dies habe mit dem aktuellen Fall nichts zu tun. Bei dem Tatverdächtigen sei keine Abschiebung geplant und er sei nicht als Gefährder bekannt gewesen. Die Landesregierung gehe das Problem dagegen mit dem nach dem Anschlag in Solingen verabschiedeten Maßnahmenpaket konsequent an.

[Enxhi Seli-Zacharias](#) (AfD) warf der Landesregierung vor, das Problem des islamistischen Terrorismus nicht beim Namen zu nennen. Es werde mit einer „Verschleierungstaktik“ seit Jahren vor einer abstrakt hohen Terrorgefahr gewarnt. Die deutsche Politik müsse begreifen, dass es sich nicht um „spontane Selbstradikalisierungen“ von Einzeltätern handle, sondern um eine „resiliente Terrorstruktur“ des sogenannten Islamischen Staates mit einem Franchise-System.

Innenminister [Herbert Reul](#) (CDU) erwiderte, dass niemand die Gefahren des islamistischen Terrors bestreite. Entscheidend beim aktuellen Fall des 15-Jährigen aus Wuppertal sei: „Wir haben ihn.“ Polizei und Verfassungsschutz machten „einen verdammt ordentlichen Job“. Der Fall zeige, dass die Personen, die in den Fokus der Sicherheitsbehörden gerieten, immer jünger seien. Und dass die extremistischen Akteure verstärkt ihre Ideologie über das Internet ins Kinderzimmer trügen. Die Landesregierung habe dies erkannt und ziehe daraus Konsequenzen.

tob, wib

Wenn Arzneimittel knapp werden

10. Oktober 2024 – Seit Längerem gibt es Berichte über Lieferengpässe in der Medikamentenversorgung. Aktuell kommt es laut Apotheker-
verband Nordrhein zu Produktionsproblemen bei Kochsalzlösung, die unter anderem für Infusionen benötigt wird. In einer Aktuellen Stunde
debattierte der Landtag über die Arzneimittelversorgung.

Grundlage der Debatte war ein Antrag der AfD-Fraktion (18/10954). Darin kritisiert sie, dass mittlerweile mehrere hundert Medikamente knapp seien. „Die akute Bedrohung der medizinischen Grundversorgung erfordert eine sofortige parlamentarische Diskussion, um umgehend effektive Lösungen zu debattieren und die Versorgungssicherheit für lebenswichtige Arzneimittel wiederherzustellen.“

In der Debatte appellierte AfD-Fraktionschef **Dr. Martin Vincenz** an die Bundesebene: Erst wenn dort Versorgungs- statt nur Lieferengpässe festgestellt würden, könnten die Länder von Ausnahmeregelungen Gebrauch machen, um an die benötigten Medikamente zu gelangen. „Wir müssen die Wirkstoffproduktion dringend wieder nach Europa holen“, meinte er. Der deutsche Markt müsse wieder attraktiver werden – der Chemiestandort Nordrhein-Westfalen könne eine Vorreiterrolle einnehmen und es könnten viele Arbeitsplätze geschaffen werden.

„Störung der globalen Lieferketten“

Kochsalzlösung sei für die medizinische Versorgung elementar, sagte **Marco Schmitz** (CDU). Er sprach von einer „systemischen Störung der globalen Lieferketten“. Der Bund müsse die bestehenden Regelungen nutzen, um kurzfristige Importe zu erleichtern. Es gebe zwar Notlösungen – jedoch brauche es strukturelle Veränderungen, um weniger abhängig von außereuropäischen Lieferketten zu werden. „Es ist unerlässlich, dass der Bund, die Länder und die pharmazeutische Industrie zusammenarbeiten“, betonte Schmitz.

Der Mangel an Kochsalzlösung sei kein rein deutsches Problem, sagte **Thorsten Klute** (SPD). Das „übliche Bashing“ der AfD gegen die Bundesregierung sei unsachlich und trage „kein bisschen zur Lösung bei“. Lieferengpässe gebe es weltweit. Der Blick der AfD auf die Welt sei aber „ein ziemlich eingeschränkter“. Die Pharmaproduktion in Europa müsse wieder ausgebaut, der bereits eingeschlagene Weg konsequent weiterverfolgt werden, sagte Klute. Dieser Prozess werde aber Jahre dauern.

Sterile Kochsalzlösung sei das „Allzweckmittel in unseren Kliniken“, sagte **Susanne Schneider** (FDP). Sie werde unter anderem bei Operationen gebraucht, beim Anrühren von Medikamenten und Verdünnen von Schmerzmitteln. Die Ursachen der Lieferengpässe seien vielfältig. Beim Mangel an Kochsalzlösung spiele auch die „CDU-geführte EU-Kommission“ eine Rolle. Sie habe die Regeln zur Herstellung steriler Medizinprodukte verschärft. Folge: Für viele Unternehmen sei sie „wirtschaftlich nicht mehr vertretbar“.

Meral Thoms (Grüne) bezeichnete Nachrichten zu Lieferengpässen als „besorgniserregend“. Dass Arzneimittel knapp werden, sei nicht hinzunehmen – gerade bei Kochsalzlösung. Hier gebe es aktuell allerdings nur Liefer- und keine Versorgungsengpässe: „Die grundlegende medizinische Versorgung ist gesichert“, sagte Thoms. Die Abhängigkeit von globalen Lieferketten führe dazu, dass Medikamente knapp würden. Die Landesregierung werde sich gemeinsam mit der EU und dem Bund dafür einsetzen, die Versorgungssicherheit zu stärken.

Engpässe bei Medikamenten seien nicht neu, sagte Gesundheitsminister **Karl-Josef Laumann** (CDU). Zur Ehrlichkeit gehöre, nicht nur über die Sicherheit der Versorgung zu reden, sondern auch über die Finanzierung. Klar sei: Sollten Arzneimittel verstärkt wieder in Europa produziert werden, würden diese tendenziell teurer. „Versorgungssicherheit hat ihren Preis“, sagte Laumann. Da die Kosten im Gesundheitswesen insgesamt stiegen, könne dies nur über eine Erhöhung der Kranken- und Pflegeversicherungsbeiträge im kommenden Jahr finanziert werden.

sow, zab, tob

Foto: Schälte



AUS DEM PLENUM

Innenstädte

9.10.2024 – Die FDP-Fraktion sorgt sich um die Innenstädte: mehr Onlinekäufe, weniger Einkaufsbummel in der City, schließende Läden, weniger Menschen in der Stadt – eine „Abwärtsspirale“, heißt es in einem Antrag ([18/10879](#)), über den die Abgeordneten im Plenum beraten haben. Die Fraktion fordert einen „neuen Schub“ an Förderung für die Innenstädte. Diese solle die Wünsche der Menschen berücksichtigen, darunter eine gute Erreichbarkeit mit Auto, Bus und Bahn, ein sauberes Stadtbild, Zonen zum Ausruhen, verlängerte Öffnungszeiten und verkaufsoffene Sonntage. Sonntags werde online am meisten gekauft. Die Landesregierung solle die Kommunen bei der Belebung ihrer Innenstädte unterstützen. Es gelte auch, „City-Manager“ einzusetzen sowie digitalen und stationären Handel zusammenzudenken. Der Antrag wurde an den Ausschuss für Wirtschaft, Industrie, Klimaschutz und Energie (federführend) überwiesen.

Flüchtlinge in Hamminkeln

9.10.2024 – Um eine mögliche Zentrale Unterbringungseinrichtung (ZUE) für Geflüchtete im Hamminkelner Ortsteil Dingden ging es in einer Großen Anfrage der AfD-Fraktion ([18/6722](#)). Die Fraktion bezog sich auf ein Schreiben der örtlichen CDU an den Bürgermeister. Darin sei von einer starken Verunsicherung der Bevölkerung die Rede. Die AfD fragt unter anderem, wie viele Flüchtlinge zum Stichtag 30. September 2023 in den einzelnen Stadtteilen Hamminkelns untergebracht waren und wie viele Plätze dauerhaft zur Verfügung stünden. In ihrer Antwort ([18/9177](#)) weist die Landesregierung darauf hin, dass die Planungen mittlerweile „gegenstandslos geworden sind“. Hintergrund seien ein Beschluss des Rates der Stadt Hamminkeln sowie Gespräche zwischen Stadt und Bezirksregierung Düsseldorf. Auf eine Beantwortung der Fragen, die sich konkret auf eine ZUE in Hamminkeln beziehen, habe man daher verzichtet.

Bachelor in Jura

9.10.2024 – Studierende der Rechtswissenschaft können künftig auch in Jura einen Bachelor-Abschluss erwerben. Grundlage dazu ist ein Gesetzentwurf ([18/8827](#), [18/10921](#)) der Landesregierung, den der Landtag mit den Stimmen von CDU, SPD, Grünen und FDP verabschiedet hat. Die AfD enthielt sich. Angesichts des Fachkräftemangels, heißt es im Entwurf, bestehe Bedarf für einen zusätzlichen Abschluss der Rechtswissenschaft. Dieser solle erbrachte Leistungen honorieren und die Aufnahme eines Masterstudiums oder einen Berufseinstieg außerhalb der reglementierten, klassischen juristischen Berufe ermöglichen. Laut Gesetzentwurf erwerben Studierende einen Bachelor-Abschluss, wenn alle Voraussetzungen für die Anmeldung zur staatlichen Pflichtfachprüfung erfüllt sind und der universitäre Teil des ersten Staatsexamens bestanden ist.

Sexualisierte Gewalt

9.10.2024 – Die Aufarbeitung sexualisierter Gewalt gegen Kinder und Jugendliche soll verbindliche Standards bekommen. Der Landtag hat die Landesregierung einstimmig beauftragt, dazu eine Kommission einzusetzen. Viele Institutionen hätten bereits mit der Aufarbeitung von Missbrauch begonnen. Es fehle jedoch an einheitlichen Standards, zum Teil auch an Problembewusstsein und dem Willen nach transparenter und vollständiger Aufklärung. „Der Schutz von Kindern vor seelischer, körperlicher und sexualisierter Gewalt ist eine dauerhafte gesamtgesellschaftliche Aufgabe. Dazu gehört auch die vollumfängliche Aufklärung der bekannt gewordenen Fälle sexualisierter Gewalt in kirchlichen Institutionen“, heißt es im zugrunde liegenden Antrag von CDU, SPD, Grünen und FDP ([18/10873](#)). Der Staat müsse eine aktivere Rolle bei der Stärkung der Opferrechte einnehmen. Eine schonungslose Aufklärung sei in vielen Institutionen überfällig.



Foto: Schälte



Foto: Schälte

Gedenkstätte von nationaler Bedeutung

10.10.2024 – Das Gelände des früheren Kriegsgefangenenlagers „Stalag 326 Senne“ in Schloß Holte-Stukenbrock soll zu einer Gedenkstätte von nationaler Bedeutung werden. Der Landtag stehe nach wie vor zu der Zusage, bekräftigen die Fraktionen von CDU, SPD, Grünen und FDP in einem gemeinsamen Antrag ([18/10872](#)). Mittlerweile sei ein Kompromiss mit den beteiligten Körperschaften hinsichtlich der Anteile an den geplanten Umbaumaßnahmen und Betriebskosten erzielt worden. Das Land werde insgesamt 29 Millionen Euro zur Verfügung stellen. Die Landesregierung solle die Prüfungen, Planungen und Umsetzung für die Trennung des Landesamts für Ausbildung, Fortbildung und Personalangelegenheiten der Polizei von der Gedenkstätte weiterhin unterstüt-

zen. Sie solle eine Antragsstellung beim Bund, den Vorlaufbetrieb sowie die Gründung eines Rechtsträgers für die Gedenkstätte parallel zur Planung begleiten. Der Antrag wurde gegen die Stimmen der AfD angenommen.

Bezahlen für Bildung

10.10.2024 – In einer Großen Anfrage ([18/8623](#)) thematisiert die SPD-Fraktion Kosten für die Bildung. „Bildung ist unentgeltlich, sagt Artikel 26 der allgemeinen Erklärung der Menschenrechte“ – trotzdem müssten Eltern etwa für die Kita oder die Nachmittagsbetreuung an Grundschulen bezahlen. Kosten für das Schulmittagessen, Fahrtkosten zur Schule oder Semesterbeiträge zum Studieren kämen hinzu, zählt die Fraktion auf – dies alles sei eine „Frage mangelnder Gerechtigkeit“ und fehlender Chancengleichheit. Die SPD fordert, die Bildungsfinanzierung neu zu strukturieren. Dies betreffe Bund, Land und Kommunen – und auch die Belastungssituation der Eltern. Vor diesem Hintergrund hat die Fraktion 110 Fragen gestellt. Die Antwort der Landesregierung ([18/10616](#)) umfasst 273 Seiten. Mitberaten wurde ein thematisch verwandter Antrag ebenfalls der SPD-Fraktion ([18/10895](#)). Er wurde mehrheitlich abgelehnt.

Kinderschutz und Kinderrechte

10.10.2024 – Die Abgeordneten haben sich in 1. Lesung mit dem Entwurf der Landesregierung zur Änderung des Landeskinderschutzgesetzes NRW ([18/10933](#)) befasst. Geplant ist die Einsetzung eines oder einer Beauftragten für Kinderschutz und Kinderrechte in Nordrhein-Westfalen. Der Schutz von Kindern und Jugendlichen vor jeder Form der Gewalt und Machtmissbrauch zähle zu den grundlegenden Aufgaben des Staates, heißt es im Entwurf. Die beauftragte Person solle die „flächendeckende Etablierung der Themen Kinderschutz und Kinderrechte voranbringen“. Der Entwurf wurde zur weiteren Beratung an den Ausschuss für Familie, Kinder und Jugend (federführend) überwiesen.

Straußwirtschaften

10.10.2024 – Die Landesregierung solle die Verordnung für sogenannte Straußwirtschaften auf alle landwirtschaftlichen Betriebe ausweiten, die im Wesentlichen regionale oder selbsterzeugte Nahrungsmittel anbieten. Dies fordert die AfD-Fraktion in einem Antrag ([18/10885](#)). Bei Straußwirtschaften handelt es sich um Gastbetriebe von Winzern und Weinbauern, in dem die Erzeuger zu bestimmten Zeiten Wein direkt vermarkten. Bislang gelte die Verordnung nur für Obst- und Weinbaubetriebe, so die AfD. Für vier Monate im Jahr sei keine Erlaubnis zum Ausschank von Obstwein und jungem Wein nötig. Die Fraktion sieht ungenutzte Potenziale. Es gelte, die regionale Direktvermarktung zu stärken und für die Landwirtschaft neue Einkommensmöglichkeiten zu schaffen. Der Antrag wurde zur weiteren Beratung an den Ausschuss für Umwelt, Natur- und Verbraucherschutz, Landwirtschaft, Forsten und ländliche Räume überwiesen.



Laufende Gesetzgebung

Reihenfolge: Name des Gesetzes | Drucksache | Antragsteller | ggf. federführender Ausschuss | Beratungsstand

Zweites Gesetz zur Änderung des Gesetzes zur Ausführung des Asylbewerberleistungsgesetzes | [18/10926](#) | Landesregierung | 1. Lesung am 9. Oktober 2024 | Überweisung an den Integrationsausschuss

Gesetz zur Anpassung der Dienst- und Versorgungsbezüge in den Jahren 2024 und 2025 sowie zur Änderung weiterer dienstrechtlicher Vorschriften im Land Nordrhein-Westfalen | [18/9514](#) (Neudruck), [18/10970](#) | Landesregierung | 2. Lesung am 9. Oktober 2024, 3. Lesung am 10. Oktober 2024 | verabschiedet

Gesetz zur Einführung des integrierten Bachelors im Studium der Rechtswissenschaft mit dem Abschluss erste Prüfung sowie betreffend das duale Studium und zur Änderung des Juristenausbildungsgesetzes | [18/8827](#), [18/10921](#) | Landesregierung | 2. Lesung am 9. Oktober 2024 | verabschiedet

Gesetz zur Novellierung der Gefangenenvergütung in den Landesjustizvollzugsgesetzen | [18/10750](#) | Landesregierung | 1. Lesung am 9. Oktober 2024 | Überweisung an den Rechtsausschuss

Gesetz zur Änderung des Gesetzes über die Errichtung der „Stiftung Opferschutz Nordrhein-Westfalen“ | CDU, Grüne | 1. Lesung am 9. Oktober 2024 | Überweisung an den Ausschuss für Arbeit, Gesundheit und Soziales

Gesetz zur Aufhebung des Gesetzes über die Verwaltung des katholischen Kirchenvermögens und des Staatsgesetzes betreffend die Kirchenverfassungen der evangelischen Landeskirchen | [18/9130](#), [18/10769](#) | CDU, Grüne | 2. Lesung am 9. Oktober 2024 | verabschiedet

Gesetz zur Neuregelung der Umlage der Landwirtschaftskammer | [18/10466](#) | Landesregierung | 2. Lesung am 9. Oktober 2024 | verabschiedet

Gesetz zur Änderung des Landeskinderschutzgesetzes NRW | [18/10933](#) | Landesregierung | 1. Lesung am 10. Oktober 2024 | Überweisung an den Ausschuss für Familie, Kinder und Jugend

Gesetz über die Errichtung des Landesamtes für Gesundheit und Arbeitsschutz Nordrhein-Westfalen sowie zur Novellierung landesrechtlicher Vorschriften über den öffentlichen Gesundheitsdienst und den Arbeitsschutz | 18/10841 | Landesregierung | 1. Lesung am 10. Oktober 2024 | Überweisung an den Ausschuss für Arbeit, Gesundheit und Soziales

Fünftes Gesetz zur Änderung des Landesplanungsgesetzes Nordrhein-Westfalen | 18/10884 | SPD, FDP | 1. Lesung am 10. Oktober 2024 | Überweisung an den Ausschuss für Wirtschaft, Industrie, Klimaschutz und Energie

Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 2025 | [18/10300](#) | Landesregierung | Haushalts- und Finanzausschuss | in Beratung

Gesetz zur Regelung der Zuweisungen des Landes Nordrhein-Westfalen an die Gemeinden und Gemeindeverbände im Haushaltsjahr 2025 | [18/10462](#) | Landesregierung | Haushalts- und Finanzausschuss | in Beratung

Gesetz über die Feststellung eines Nachtrags zum Haushaltsplan des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr | [18/9900](#) | Landesregierung | Haushalts- und Finanzausschuss | in Beratung

Gesetz zur Änderung des Flüchtlingsaufnahmegesetzes und zur Unterstützung der Kreise bei der Flüchtlingsbetreuung | [18/10464](#) | Landesregierung | Integrationsausschuss | in Beratung

Gesetz zur Änderung verwaltungsverfahrenrechtlicher, verwaltungsvollstreckungsrechtlicher und kostenrechtlicher Vorschriften | [18/10463](#) | Landesregierung | Innenausschuss | in Beratung

Gesetz zur Einführung einer Kommunalen Wärmeplanung in Nordrhein-Westfalen | [18/10465](#) | Landesregierung | Ausschuss für Wirtschaft, Industrie, Klimaschutz und Energie | in Beratung

Gesetz zur Modernisierung des Sparkassenrechts und zur Änderung weiterer Gesetze | [18/9656](#) | Lan-

desregierung | Haushalts- und Finanzausschuss | in Beratung

Gesetz zur Änderung des Statistikgesetzes Nordrhein-Westfalen | [18/9768](#) | Landesregierung | Innenausschuss | in Beratung

Gesetz zur Stärkung des Hochschulstandorts Bochum im Bereich des Gesundheitswesens und zur Änderung weiterer hochschulrechtlicher Vorschriften | 18/9769 | Landesregierung | Wissenschaftsausschuss | in Beratung

Gesetz über die unabhängige Polizeibeauftragte oder den unabhängigen Polizeibeauftragten des Landes Nordrhein-Westfalen | [18/9606](#) | CDU und Grüne | Innenausschuss | in Beratung

Gesetz zur Änderung über den „Westdeutschen Rundfunk Köln“ (WDR-Gesetz) | [18/9723](#) | FDP | Ausschuss für Kultur und Medien | in Beratung

Gesetz zur Änderung nordrhein-westfälischer Ausführungsgesetze zum SGB VIII | 18/9770 | Landesregierung | Ausschuss für Familie, Kinder und Jugend | in Beratung

Gesetz zur Änderung des Ruhrverbandsgesetzes | [18/9515](#) | Landesregierung | Ausschuss für Umwelt, Natur- und Verbraucherschutz, Landwirtschaft, Forsten und ländliche Räume | in Beratung

Gesetz zur Änderung der Verfassung für das Land Nordrhein-Westfalen | [18/9155](#) | SPD, FDP | Hauptausschuss | in Beratung

Gesetz zur Änderung der Landeshaushaltsordnung | [18/7762](#) | FDP | Haushalts- und Finanzausschuss | in Beratung

Gesetz zur Änderung der Verfassung für das Land Nordrhein-Westfalen | [18/5834](#) | FDP | Hauptausschuss | in Beratung

Gesetz zur Änderung der nordrhein-westfälischen Landesverfassung betreffend Gleichwertigkeit der beruflichen und der akademischen Bildung | [18/4278](#) | FDP | Hauptausschuss | in Beratung

Kita-Plätze dringend gesucht

24. September 2024 – Der Landtag hat sich mit der Situation der Kinderbetreuung in Nordrhein-Westfalen befasst. Anlass war ein Antrag der SPD-Fraktion, in dem sie eine Stärkung der Kitas und der Tagespflege fordert. Dazu haben die Ausschüsse für Familie, Kinder und Jugend sowie für Heimat und Kommunales Sachverständige seitens der Einrichtungen, der Kommunen und der Elternschaft angehört.

Der Antrag trägt den Titel „Der frühkindlichen Bildung geht die Puste aus, nun auch Implosion der Plätze – Kitas und Kindertagespflege müssen gestärkt werden“ (18/9159). Darin verweist die Fraktion auf eine mangelnde Kostendeckung. Sie erhebt Forderungen an die Landesregierung, darunter ein „Kitaträger-Rettungspaket“ in Höhe von 500 Millionen Euro, realistische Mietkostenzuschüsse für Kita-Träger und die Finanzierung der praxisintegrierten Ausbildung (PiA), um mehr Fachkräfte zu gewinnen. Auch in der Kindertagespflege müssten die Rahmenbedingungen besser werden.

„Der Personal- und Fachkräftemangel ist eine der größten Herausforderungen“, heißt es in der Stellungnahme der Arbeitsgemeinschaft der kommunalen Spitzenverbände Nordrhein-Westfalen. „Hierfür muss das Land endlich eine angemessene Finanzierung von Qualifizierungsangeboten vorsehen.“ Auch die Kindertagespflege als gleichwertige Kindertagesbetreuung sei „nicht angemessen gefördert“.

Anders als kommunale Kitas erhalten Kitas von freien Trägern keine 100-prozentige Finanzierung durch Steuergeld, sondern müssen einen Teil der Kosten meist selbst tragen. Zu diesem sogenannten Trägeranteil schreibt die Freie Wohlfahrtspflege NRW, die viele freie, darunter kirchliche Träger und Elterninitiativen vertritt, in ihrer Stellungnahme: „Die freien und kirchlichen Träger von Kindertageseinrichtungen fordern seit Jahren eine Abschaffung bzw. deutliche Verringerung des Trägeranteils.“ Kommunen beteiligten sich vielerorts daran, diese finanzielle Lücke zu schließen – allerdings landesweit höchst unterschiedlich. Dies führe zu Bildungsgerechtigkeit.

Wenn die Kommune den Eigenanteil freier Träger übernehme, führe dies nicht selten zu einer Erhöhung der Elternbeiträge, merkt der Landeselternbeirat der Kindertageseinrichtungen an.

Die Freie Wohlfahrtspflege thematisiert in ihrer Stellungnahme außerdem hohe Abbrecherquoten in der Ausbildung von Erzieherinnen und Erziehern. Nach Rückmeldungen aus Berufskollegs und Praxisstellen sei zunehmend die Belastung in den Kitas ein Grund.

Ausbildungsabbruch

Als weitere Stimme freier Träger äußerte sich der Deutsche Kitaverband, Landesverband Nordrhein-Westfalen. Er fordert, die Finanzierungssystematik zu überdenken: weg von der bisherigen „Kindpauschale“, hin zu einer Abrechnung der tatsächlichen Kosten für Personal, Miete und Energie. Das Land müsse zudem die Erzieherausbildung „ausreichend“ finanzieren und verschiedene Ausbildungswege schaffen sowie die „Durchlässigkeit erhöhen“. Der Verband fordert außerdem einen besseren Personalschlüssel in der Kinderbetreuung.



Stellvertretend für das Kita-Bündnis NRW, das ebenfalls freie Träger vertritt, gab die Fröbel Bildung und Erziehung GmbH eine Stellungnahme ab. Rund 80 Prozent aller Kitas in NRW würden von freien Trägern betrieben und teilen ein „existenzielles Problem“: Das Land habe die tariflichen Lohnsteigerungen für Erzieherinnen und Erzieher zwar „bedingt refinanziert“, jedoch „erheblich zu spät“. Die Grenzen der Belastbarkeit seien längst überschritten.

Die Berufsvereinigung der Kindertagespflegepersonen e.V. weist auf einen Rückgang der Tagesmütter und -väter hin, mitunter wegen fehlender einheitlicher Regelungen. Zudem zahlten angehende Tagesmütter und -väter während der Qualifizierung drauf: 2.000 Euro Unterstützung vom Land seien nicht auskömmlich – die Vereinigung fordert 3.000 Euro. Und: Steige die Inflation, müsse auch die Höhe der laufenden Geldleistung an Tagespflegepersonen entsprechend steigen.

Einheitliche Regeln

Die Vertreterinnen des Netzwerks Kindertagespflege NRW verwiesen in ihrer Stellungnahme auf das Kinderbildungsgesetz (KiBiz): „Da im KiBiz eine genaue Vorgabe fehlt, wird die Eingewöhnungszeit der Kinder in den Kommunen vollkommen unterschiedlich vergütet.“ Landesweit einheitliche Regelungen seien hier ebenso notwendig wie bei bezahlten Ausfalltagen der Betreuungspersonen. Alternativ sei eine Mindesthöhe der laufenden Geldleistung denkbar.

Der Landesverband Kindertagespflege NRW problematisiert „abrupt auferlegte Wechsel“ von der Tagespflege in die Kita, sobald dort ein Platz zur Verfügung stehe. Das habe Auswirkungen auf das kindliche Wohlbefinden. Kita und Tagespflege sollten nicht als Konkurrenten gesehen werden, meint der Landesverband. *sow*

Alle Stellungnahmen finden Sie unter lt.nrw/kita-anhoerung



Standpunkte

Beiträge in alleiniger Verantwortung der Fraktionen

Das System der Kita-Finanzierung . . .



Jens Kamieth
(CDU)



. . . wird, wie im Koalitionsvertrag vereinbart, überprüft. Im kommenden Jahr umfasst der KiBiz-Deckungskreis über 5,5 Milliarden Euro. Insgesamt fließen dann fast 42 Milliarden Euro in Bildung. Seit Amtsantritt hat die Landesregierung – über die gesetzlichen Vereinbarungen hinaus – schon 600 Millionen Euro ins Kita-System gegeben. Jeder Euro davon ist gut investiert.



Dr. Dennis Maelzer
(SPD)



. . . steht in Nordrhein-Westfalen vor dem Kollaps. Die Tarifsteigerungen des vergangenen Jahres wurden vom Land nicht ausgeglichen. Die Träger mussten Rücklagen für den laufenden Betrieb aufbrauchen und das Personal auf die Mindestbesetzung reduzieren. Dass dadurch das System instabiler wird, spüren Eltern und Kinder Tag für Tag.



Eileen Woestmann
(Grüne)



. . . steht immer wieder vor verschiedenen Herausforderungen. Die schwarz-grüne Landesregierung hat die entstandenen finanziellen Mehrbelastungen durch gestiegene Energiekosten oder Tarifsteigerungen mit zusätzlichen Mitteln aufgefangen, zuletzt mit 100 Millionen Euro als Überbrückungshilfen an Freie Träger. Die auskömmliche Finanzierung des Kita-Systems ist uns wichtig.



Marcel Hafke
(FDP)



. . . ist nicht krisenfest. Die Dynamisierung der Kindpau-schalen war wichtig, aber es braucht eine weitere Reform im KiBiz. Ich habe vorgeschlagen, die Dynamisierung vorzuziehen, um die Träger finanziell zu entlasten. Die Landesregierung muss dringend einen Aktionsplan „Kita“ vorlegen, um die finanzielle Schieflage der Träger zu beenden. Neben struktureller Entlastung ist auch ein einmaliges Rettungspaket nötig.



Zacharias Schalley
(AfD)



. . . erweist sich als ineffizient und gehört überarbeitet. Jährlich fließen mehr als 5 Milliarden Euro aus dem Landeshaushalt hinein, wobei die Ausgaben im kommenden Haushalt um mehr als 300 Millionen Euro steigen sollen. Dennoch kommen einzelne Träger nicht mit den Mitteln aus. Hier muss genauer hingeschaut werden, wie Mittel aktuell eingesetzt werden und wie Verwaltungsaufgaben gebündelt werden können.



Kinderbetreuung

Beiträge in alleiniger Verantwortung der Fraktionen

Kita-Personal ...

... leistet Herausragendes. Der Fachkräftemangel ist nicht wegzudiskutieren. Deshalb finanziert das Land zum Beispiel Kita-Helfer. Sie halten Fachkräften den Rücken frei, damit diese mehr Zeit haben für das Wichtigste, unsere Kinder. Außerdem fördert die Landesregierung den Quereinstieg und holt mehr Berufsgruppen in die Kitas. So können Kita-Schließzeiten reduziert werden.

... muss dringend entlastet werden. Immer öfter stehen Eltern und Kinder vor verschlossenen Türen, weil Kitas aus Personalmangel Angebote reduzieren müssen. Mehr Fachkräfte müssen ausgebildet werden. Ohne Vollfinanzierung können sich das immer weniger Träger leisten. Kurzfristig müssten Kita-Helfer und Verwaltungskräfte finanziert werden, um nicht-pädagogische Aufgaben zu übernehmen.

... leistet extrem wertvolle Arbeit und prägt das Leben unserer Kinder in besonderer Weise. Deswegen benötigen die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in den Kitas gute Arbeitsbedingungen. Jahrelang wurde der drohende Fachkräftemangel ignoriert, jetzt ist er massiv spürbar in den Kitas. Die Fachkräfteoffensive der Landesregierung tritt diesem mit einer Vielzahl von Maßnahmen entgegen.

... leistet hervorragende Arbeit. Jedoch müssen Erzieherinnen und Erzieher aktuell unter ihren Möglichkeiten arbeiten. Ich setze mich dafür ein, dass das Alltagshelferprogramm gestärkt wird und Verwaltungskräfte die Kita-Leitung entlasten, damit sich das Kita-Personal ganz auf die Kinder konzentrieren kann.

... muss qualitativ hochwertig ausgebildet sein. Erzieher leisten täglich herausfordernde Aufgaben. Insbesondere angesichts der zunehmenden Größe und Heterogenität der Gruppen ist es unerlässlich, dass ausgebildete Fachkräfte im direkten Kontakt mit Kindern tätig sind. Eine Absenkung der Qualitätsstandards durch weitere Lockerungen der Personalverordnung ist daher unbedingt zu vermeiden.

Freie Träger ...

... sind ein wichtiger Teil der Kita-Landschaft in Nordrhein-Westfalen. Im letzten Kita-Jahr sind sie in Folge hoher Tarifabschlüsse in Bedrängnis geraten. Es war richtig und wichtig, sie mit einer freiwilligen Überbrückungshilfe von 100 Millionen Euro zu unterstützen. Sie haben die Abschlüsse nämlich nicht verhandelt. Gleiches gilt für das Land.

... warten verzweifelt auf eine KiBiz-Revision. Doch die Landesregierung hat weder einen Zeitplan, noch kann sie konkrete Inhalte nennen. Es braucht dringend eine vollständige Kita-Finanzierung, ohne dass Trägern hohe Eigenanteile aufgebürdet werden. Wer kaum die bestehenden Einrichtungen finanzieren kann, wird keine neuen Kitas bauen. Dabei fehlen mehr als 100.000 Kita-Plätze.

... übernehmen im Rahmen einer Verantwortungsgemeinschaft gemeinsam mit den Kommunen und dem Land wichtige Aufgaben für den sozialen Zusammenhalt in unserem Land. Sie leisten damit einen wichtigen Beitrag für unsere Gesellschaft. Die bestehenden Herausforderungen werden wir nur gemeinsam bewältigen.

... spielen die entscheidende Rolle in einer vielfältigen Kitalandschaft. Sie stellen ein vielfältiges und bedarfsgerechtes Bildungs- und Betreuungsangebot sicher. Ihrer Arbeit muss besser unterstützt werden, indem Bürokratie abgebaut und Nachweisverfahren beschleunigt werden. Sie passen ihr Bildungsangebot nach neuesten Erkenntnissen an und sind Partner bei der Entwicklung von Bildungsstandards in der frühkindlichen Bildung.

... sind ein integraler Bestandteil der Finanzierungsgemeinschaft des Kita-Systems. Jeder Vorschlag, die Trägeranteile zu verringern oder gar gänzlich abzuschaffen, muss deshalb kritisch hinterfragt werden. Eine Reduktion der Trägerbeteiligung würde zwangsläufig eine Kompensation durch das Land bzw. die Kommune erfordern, was wiederum zu einer Erhöhung der Elternbeiträge führen könnte.

Die Tagespflege ...

... ist eine familiennahe Betreuung für mehr als 72.000 Kinder in Nordrhein-Westfalen. Sie hat sich in den letzten Jahren qualitativ weiterentwickelt. Im Sinne der Kinder begrüßen und unterstützen wir die umfangreichere Ausbildung nach den Qualitätsstandards des Deutschen Jugendinstituts. Darauf bauen wir auf und nehmen Standards für eine gute Kindertagespflege landesweit in den Blick.

... leistet einen entscheidenden Beitrag für die Bildung und Betreuung der Unterdreijährigen. Doch zuletzt war die Zahl der Kindertagespflegepersonen rückläufig. Die Qualifizierung neuer Kräfte muss dem Land mehr Geld wert sein als bisher. Bislang sind die Landeszuschüsse für die Tagespflege zu niedrig und die Bedingungen vor Ort differieren durch unklare KiBiz-Regelungen stark.

... ist eine wichtige Säule im System der frühkindlichen Bildung – und für viele Kinder und ihre Eltern das richtige Angebot. Gerade für Kinder unter 3 Jahren kann die familiennahe Betreuung in einer kleinen Gruppe genau das Passende sein.

... bietet eine flexible und familiäre Betreuung, die individuell auf die Bedürfnisse von Kindern eingeht. Eine wertvolle Ergänzung zum Angebot der Kitas insbesondere für U3-Kinder. Zur Stärkung der Tagespflege braucht es einheitliche Standards in allen NRW-Kommunen, stärker geförderte Weiterqualifizierung und eine bessere Vernetzung zwischen Tagespflege und Kita.

... stellt neben den Kindertageseinrichtungen eine der beiden Säulen der frühkindlichen Bildung dar. Vor dem Hintergrund, dass in NRW allein über 90.000 U3-Plätze fehlen, ist es umso erstaunlicher, dass zahlreiche Tagespflegepersonen in diesem Jahr ihre Gruppen nicht vollständig belegen können. Hier sind die Kommunen gefragt, verstärkt auf freie Stellen in der Kindertagespflege hinzuweisen.

Parlamentsnacht: Mehr als 5.000

27. September 2024 – Ein exklusiver Blick ins All. Magische Momente. Talkrunden. Musik von Klassik bis zu aktuellen Singer-Songwritern. Eine Versteigerung für den guten Zweck. Und natürlich viele Informationen über die Arbeit des Landtags und der Abgeordneten: Das alles und noch viel mehr bot die Parlamentsnacht. Mehr als 5.000 Besucherinnen und Besucher feierten mit.



Bei der Versteigerung in der Landtagsbibliothek mit René le Riche blieb kein Platz frei.
Foto: Volker Hartmann



Die Band Lucie Licht unterhielt die Besucherinnen und Besucher in der Bürgerhalle mit Indie-Pop.
Foto: Volker Hartmann

Fünf traditionelle südkoreanische Hahoe- und Byeolsin-Masken – nicht ganz einfach auszusprechen, aber hübsch in Holz gerahmt: „Ein wunderschönes Artefakt für die Wand zu Hause“, befand René le Riche, eigentlich Moderator beim WDR, bei der Parlamentsnacht aber Auktionator für den guten Zweck. 39 Gastgeschenke brachte er an die Frau und den Mann. Darunter: Teller aus Vietnam, Portugal und Aserbaidschan, eine Glasschale aus der Türkei, eine Kugelvase aus Taiwan, handgewobene Seidenkunst aus China.

Die Versteigerung in der Landtagsbibliothek war nur ein Programmpunkt der Parlamentsnacht. André Kuper, der Präsident des Landtags, sagte: „Rund 5.000 Menschen haben die Chance ge-

nutzt, sich über die Arbeit des Landtags zu informieren, in Dialog zu treten und selbst auf den Plätzen der Abgeordneten zu sitzen. Gerade in Zeiten, in denen unser Parlamentarismus einem Stresstest unterliegt, ist es schön zu sehen, dass so viele Menschen ihre Demokratie live vor Ort erleben wollen.“ Kuper hatte den Abend gemeinsam mit Josef Hinkel, dem 1. Bürgermeister der Landeshauptstadt Düsseldorf, eröffnet.

Zu den Höhepunkten gehörte der „Blick ins Weltall“ mit Dr. Matthias Maurer. Der Astronaut der Europäischen Weltraumorganisation ESA verbrachte in den Jahren 2021/2022 sechs Monate auf der Internationalen Raumstation ISS. Sie umkreist in rund

Das „Spiegelbild“ von Prof. Gerhard Richter

Während der Parlamentsnacht hat der Landtag zum ersten Mal das neueste Werk des weltbekannten Künstlers Prof. Gerhard Richter präsentiert. Das „Spiegelbild“ hat Richter eigens für das Parlament geschaffen. Zu sehen ist es in der Wandelhalle, in unmittelbarer Nähe des Plenarsaals. Mehr zum Kunstwerk auf den [Seiten 14 und 15](#).

Klassische Musik im Plenarsaal mit dem Bläser-Ensemble der Düsseldorfer Symphoniker.
Foto: Melanie Zanin



Gäste feiern Fest der Demokratie

400 Kilometer Höhe die Erde. In der Bürgerhalle berichtete Maurer vom Leben im All. Im Anschluss stand er für Selfies und Autogramme zur Verfügung.

Buntes und vielfältiges Programm

Das Programm war bunt und vielfältig, für alle war etwas dabei. Der WDR Rundfunkchor, Ensembles der Düsseldorfer Symphoniker, junge Singer-Songwriter gaben Konzerte, Zauberkünstler schufen magische Momente. Der preisgekrönte Karikaturist Heiko Sakurai griff live vor Publikum zu Papier und Filzstift. Er porträtierte unter anderem Bundeskanzler Olaf Scholz: erst die Nase, dann die Augen, dann die Denkerfalte. Wichtig sei das „schlumpfige Grinsen“, sagte Sakurai und spielte damit auf eine Äußerung von CSU-Chef Markus Söder an.

Die Landtagsfraktionen von CDU, SPD, Grünen, FDP und AfD hatten die Gäste mit eigenen Programmen zu Unterhaltung und Informationen eingeladen. In Gesprächsrunden mit Vertreterinnen und Vertretern der Fraktionen ging es um aktuelle politische Fragen.

Parlamentspräsident André Kuper hatte den Empfangsraum für Interessierte geöffnet. Es gab einen Einblick in Vitrinen voller Gastgeschenke sowie in die Gästebücher des Landtags mit Unter-

Karikaturist Heiko Sakurai griff in der Bibliothek zum Filzstift. Seine erste Zeichnung: Bundeskanzler Olaf Scholz.

Foto: Melanie Zanin



Astronaut Dr. Matthias Maurer (Mitte) und Landtagspräsident André Kuper im Gespräch mit Journalistin Vivien Leue. Foto: Volker Hartmann

schriften berühmter Persönlichkeiten, die das Parlament besucht haben – wie zum Beispiel Queen Elizabeth II. (1926-2022).

Zurück zur Versteigerung. Die Masken aus Südkorea waren begehrt. Fünf Euro hatte Auktionator René le Riche angesetzt. Nach kurzem Bietergefecht wechselten die Kunstwerke für 50 Euro den Besitzer. Den höchsten Preis, 100 Euro, erzielte die „Kugelvase mit Schmetterlingsmotiv“ aus Taiwan. Insgesamt kamen fast 1.800 Euro für die „Aktion Deutschland Hilft“ zusammen. Es handelt sich um einen Zusammenschluss renommierter deutscher Hilfsorganisationen. Im Falle großer Katastrophen und Notsituationen leisten sie humanitäre Hilfe im Ausland. Außerdem hilft das Bündnis bei der Katastrophenvorsorge. [red/zab](#)

Ein Video zur Parlamentsnacht finden Sie unter: lt.nrw/VideoParlamentsnacht



„Spiegelbild“ – ein Gerhard-

27. September 2024 – Die Kunstsammlung des Landtags ist um ein bedeutsames Werk reicher: Der Präsident des Landtags, André Kuper, nahm „Spiegelbild, CR 964“ von Prof. Gerhard Richter entgegen. Das Kunstwerk, das Richter eigens für den Landtag geschaffen hat, wurde der Öffentlichkeit bei der Parlamentsnacht vorgestellt.

Das Werk ist eine Dauerleihgabe der Gerhard Richter Kunststiftung und in der Wandelhalle zu sehen, in direkter Nähe zum Haupteingang des Plenarsaals. Dort hängen auch Werke von Günther Uecker und Hann Trier.

Der Präsident sagte anlässlich der Aufnahme des Richter-Spiegels in die Sammlung: „Gerhard Richters Arbeit führt an die Schnittstelle von Kunst, Philosophie und Politik. Sein Werk reiht sich ein in die bedeutenden Werke, die wir in diesem Parlament zeigen.“

Prof. Dr. Dr. Thomas Sternberg, Präsident der Kunststiftung NRW, betonte: „Es ist eine große Freude, dass zu den Arbeiten bedeutender Künstlerpersönlichkeiten im Landtag nun ein Werk Gerhard Richters tritt. Seine Arbeiten mit Glasplatten und Spiegeln gehören zu den besonders rätselhaften. Sie thematisieren den Betrachter und das Sehen gleichermaßen. Beim Betreten des Plenarsaals wird man künftig auf eine Selbstbefragung treffen: Man erblickt sich im Spiegel. Demokratie und Verantwortung werden in einem stillen Werk thematisiert, das zum Innehalten einlädt.“



Das „Spiegelbild“ hängt an der Außenwand des Plenarsaals. Rechts daneben das Werk „Interferenzen“ von Günther Uecker. Fotos (2): Schälte

Richter-Werk für den Landtag

Richters Werkgruppe der Spiegelarbeiten wurde 1981 mit einer Ausstellung in der Düsseldorfer Kunsthalle begründet. Bis heute gibt es in Gerhard Richters Œuvre nur sechs weitere gleichartige Arbeiten. Neben der Kunsthalle Düsseldorf befinden sich Spiegel in der Neuen Nationalgalerie Berlin und in der Städtischen Galerie im Lenbachhaus in München.

Enge Verbindung zu Nordrhein-Westfalen

Prof. Gerhard Richter ist einer der bedeutendsten und einflussreichsten Künstler des 20. und 21. Jahrhunderts. Seine Werke haben die Kunst in den vergangenen Jahrzehnten weltweit geprägt.

1932 in Dresden geboren, verbindet den Maler, Bildhauer und Fotografen eine lange Geschichte mit Nordrhein-Westfalen. Nach seiner Flucht aus der DDR studierte er von 1961 bis 1964 an der Kunstakademie Düsseldorf. 1971 erhielt er an der renommierten Hochschule eine Professur für Malerei und lehrte dort bis 1993. Seit 1983 lebt und arbeitet der heute 92-Jährige in Köln. Im Jahr 2001 erhielt er den Staatspreis des Landes Nordrhein-Westfalen.

Das Landtagsgebäude ist nicht nur selbst ein architektonisches Kunstwerk. Es beherbergt auch eine Kunstsammlung mit mehr als 800 Werken namhafter Künstlerinnen und Künstler, darunter Emil Schumacher, Günther Uecker, Prof. Gotthard Graubner und Otto Piene. Neben den bedeutenden Persönlichkeiten der Kunst in Nordrhein-Westfalen werden regelmäßig auch Werke von Nachwuchskünstlerinnen und -künstlern aus Nordrhein-Westfalen in die Sammlung aufgenommen, um die Kunstszene zu fördern. *red*

Der Präsident des Landtags, André Kuper, nahm das Werk in die Kunstsammlung des Parlaments auf.



Das Werk wurde bei der Parlamentsnacht der Öffentlichkeit präsentiert. Foto: Hartmann



Ein unendlicher Schmerz – Gedenk

7. Oktober 2024 – Vor einem Jahr überfielen Terroristen der radikal-islamischen Hamas Israel und töteten weit mehr als 1.000 Menschen – Frauen, Männer, Kinder, Säuglinge. Mehr als 200 Menschen wurden als Geiseln verschleppt. Tausende wurden verletzt, ein Land traumatisiert. Mit einer Gedenkveranstaltung erinnerten Landtag und Landesregierung am Jahrestag des Überfalls an die Opfer.



Die Ausstellung erzählt unter anderem die Geschichte der Holocaust-Überlebenden Ruth Haran, die beim Angriff der Hamas Familienangehörige verlor. Fotos: Schälte

„Als Überlebende des Holocaust weiß ich, wie man mit Schmerz umgeht, aber dieses Mal weiß ich nicht, wie ich ihn bewältigen soll.“ Das sagt die 88-jährige Ruth Haran. Fast acht Jahrzehnte nach dem Ende des Holocaust überlebte sie in ihrem Kibbutz den Hamas-Anschlag, verlor aber ihren Sohn Avshalom und zwei weitere Familienmitglieder. Sieben wurden von der Hamas entführt.

Ihr Schicksal und das weiterer Opfer, Angehöriger und Helfer stehen im Mittelpunkt der Ausstellung „Humans of October 7“, die am Jahrestag im Landtag eröffnet wurde. Der israelische Fotograf Erez Kaganovitz hatte die „Menschen vom 7. Oktober“ getroffen, fotografiert und ihre Geschichten aufgeschrieben. Auch er nahm an der Gedenkveranstaltung teil, zu der der Präsident des Landtags, André Kuper, und Ministerpräsident Hendrik Wüst eingeladen hatten.

Bangen um die Geiseln

Präsident Kuper sagte: „Was heute vor einem Jahr in Israel passiert ist und was gerade in der Nahost-Region passiert, ist eine Tortur für das jüdische Leben und für die Menschen jüdischen Glaubens, begleitet von so viel Leid und Elend bei allen Betroffenen. Die Terroristen der Hamas im Gaza-Streifen und der Hisbollah im Liba-



Der Präsident des Landtags, André Kuper, zusammen mit Ministerpräsident Hendrik Wüst und dem Gesandten des Staates Israel in Deutschland, Guy Gilady.



Der Fotograf Erez Kaganovitz berichtete über seine Ausstellung.

non benutzen Zivilistinnen und Zivilisten als menschliche Schutzschilde und nehmen den Tod unschuldiger Menschen in Kauf.“

Wie Kuper erinnerte auch Ministerpräsident Wüst an Ruth Haran und die vielen weiteren Opfer. „Am 7. Oktober 2023 wurde die Welt durch den Terrorangriff der Hamas auf Israel Zeuge des größten Massenmordes jüdischen Lebens seit der Shoa und unvorstellbarer, grausamer Verbrechen. Ein Jahr später trauern wir noch immer um mehr als 1.000 Menschen, die am 7. Oktober 2023 brutal ermordet wurden. Wir bangen noch immer um das Leben von mehr als 100 Menschen, die sich als Geiseln in den Händen von Terroristen befinden.“

en an die Opfer des 7. Oktober 2023



Mit einer Schweigeminute gedachten die Teilnehmerinnen und Teilnehmer der Veranstaltung der Opfer des 7. Oktober 2023.

Erez Kaganovitz sagte im Interview, die Israelis seien seit dem 7. Oktober 2023 nicht mehr dieselben Menschen. Sie seien immer noch in einer traumatischen Phase, immer noch im Krieg. Aus Berlin war der Gesandte des Staates Israel in Deutschland, Guy Gilady, in den Landtag gekommen. Er dankte Deutschland und Nordrhein-Westfalen für die Freundschaft zu seinem Land und betonte: „Wir haben im letzten Jahr gesehen, wer unsere wahren Freunde sind – Nordrhein-Westfalen gehört ohne Zweifel dazu.“ Die Ausstellung „Humans of October 7“ erzähle von den Barbareien der Terroristen, sie erzähle aber auch vom Heldentum aller, die sich dem Terror in den Weg gestellt haben. Gilady betonte: „Dieser Einsatz der Israelis geht auch heute weiter: Gemeinsam kämpfen wir dafür, dass die Geiseln nach Hause zurückkehren, die Menschen in ihre Häuser zurückkehren können und die terro-

Ein Video zur Veranstaltung finden Sie im Internet unter [lit.nrw/GedenkenIsrael](https://www.lit.nrw/GedenkenIsrael).



ristische Infrastruktur im Nahen Osten zerschlagen wird.“

Der Vizepräsident des Zentralrats der Juden in Deutschland, Abraham Lehrer, erinnerte an den sich verstärkenden Antisemitismus, auch in Nordrhein-Westfalen. Er mahnte in seiner Rede: „Für uns in Deutschland und vor allem für uns in Nordrhein-Westfalen wünsche ich mir einen noch stärkeren Zusammenhalt gegen all jene, die unsere Demokratie von innen und außen bedrohen, aber auch den Zusammenhalt mit der jüdischen Gemeinschaft, die sich nach einem Zeichen der Solidarität der Mehrheitsgesellschaft sehnt, so wie es heute hier im Landtag von NRW gerade gegeben wird.“

Am Ende gedachten die Gäste mit einer Schweigeminute der Opfer vom 7. Oktober 2023. Keren Hadar sang zum Abschluss die israelische Nationalhymne, die den Titel „ha Tikwa“ trägt – die Hoffnung.

red

AUS DEN FRAKTIONEN

NRW und Niedersachsen haben die Zukunft der Landwirtschaft im Fokus

Landwirtschaft ist das Fundament einer funktionierenden Wirtschaft in den ländlichen Regionen. Darin sind sich Markus Höner, Agrar-Experte der CDU-Fraktion in Nordrhein-Westfalen, und sein Kollege aus Niedersachsen, Dr. Marco Mohrmann, einig.

Die Abgeordneten der CDU-Fraktionen aus beiden Bundesländern haben kürzlich über die aktuellen Herausforderungen der Landwirtschaft beraten und gemeinsame praxisorientierte, zukunftsweisende Lösungsansätze entwickelt. Auch NRW-Landwirtschaftsministerin Silke Gorißen und CDU-Generalsekretär Paul Ziemiak nahmen an den Gesprächen teil.

Ein zentrales Thema dabei war die Tierhaltung: Wie können Perspektiven für tierhaltende Betriebe geschaffen und verbessert werden? Dazu zählen unter anderem eine auskömmliche Finanzierung, aber auch Reformen im

Baurecht, um landwirtschaftlichen Betrieben eine praxisnahe Umsetzung des Tierwohls zu ermöglichen und dabei gleichzeitig die Wettbewerbsfähigkeit zu erhalten.

Ein weiterer Themenschwerpunkt des Treffens war die Entbürokratisierung der landwirtschaftlichen Betriebe: Landwirte leiden unter übermäßigen Dokumentationspflichten – die kosten wertvolle Zeit. Ziel ist es, Verwaltungsprozesse zu reduzieren und zu vereinfachen sowie praxisnäher zu gestalten und technisch besser zu unterstützen, um so die Betriebe zu entlasten. Dadurch gewinnen die Landwirte wieder mehr Zeit für ihre eigentliche Arbeit auf dem Feld oder im Stall.

Viele landwirtschaftliche Betriebe stellt die Düngeverordnung, insbesondere in roten Gebieten, vor erhebliche Herausforderungen. Erste Modellprojekte können dazu beitragen, praxisnahe Lösungen zu entwickeln, die sowohl

den Umweltschutz als auch die wirtschaftlichen Interessen der Betriebe berücksichtigen. Es gilt, Wege zu finden, den Betrieben, die nach dem Verursacherprinzip nicht für die Überschreitung der Nitratwerte verantwortlich sind, Anpassungen bei der Bewirtschaftung zu ermöglichen.

Fest steht: Das Treffen bot eine wertvolle Gelegenheit zum intensiven Austausch über die aktuellen und zukünftigen Herausforderungen der Landwirtschaft. So wurde vereinbart, an regelmäßigen Treffen festzuhalten. Der kontinuierliche Austausch soll dabei helfen, die Landwirtschaft zukunftsfähig zu gestalten und die ländlichen Räume nachhaltig zu stärken.



Wenn Spaß und Wissen Hand in Hand gehen – dann ist Bildungskirmes

Ein Clown, ein Kinderkarussell und ein Spielmobil – mehr braucht es nicht, um Kinder einen Nachmittag lang zu begeistern. Und unsere erste Bildungskirmes auf der Wiese vor dem Landtag Ende September hatte

noch viel mehr zu bieten: Die Offensive „Zukunft durch Innovation“ präsentierte Roboter und einen 3D-Drucker, beim Zoomobil des Tierparks Bochum war das Engagement des Tierparks im Bereich Bildung für nachhaltige

Entwicklung erlebbar. Weitere Aussteller wie die Falken, das Aktuelle Forum, Rock your Life und Balu und Du sorgten nicht nur für Unterhaltung, sondern informierten darüber hinaus rund um das Thema Bildung.

Auch in zwei Talkrunden für die Großen machten wir Bildung zum Thema: So diskutierten wir mit Daniela Heimann vom Landeselternbeirat über die besorgniserregende Situation der Kitas in NRW. Andreas Tempel von der Gemeinnützigen Gesellschaft Gesamtschule und Nicola Küppers (Schulleiterin der prämierten Grundschule am Dichterviertel) tauschten sich mit unserem Fraktionsvorsitzenden zu „Starten die Chancen?“ aus.



Wind und Wetter konnten die Stimmung nicht trüben: Mit Clown Wolfelino hatten sowohl die Kinder als auch SPD-Fraktionsvorsitzender Jochen Ott Spaß.



Ideen für heute, morgen und übermorgen: Spannende Impulse beim Kommunalkongress

Wo wird Politik praktisch umgesetzt? Vor Ort in unseren 396 Kommunen in NRW. Wirksame Antworten auf zentrale Herausforderungen wie Klimaschutz, soziale Gerechtigkeit, Integration oder auch Digitalisierung finden wir nur gemeinsam. Als Grüne Fraktion haben wir daher im September zu einem großen Kommunalkongress in den Landtag NRW eingeladen. Ein Tag voller Engagement und neuer Impulse.

Sibylle Keupen, Oberbürgermeisterin von Aachen, beschrieb eindrucksvoll, wie die Stadt Bürgerbeteiligung ganz praktisch lebt, mit dem ersten ständigen Bürgerrat in Deutschland und der Erarbeitung des Klimastadtvertrags. „Denken. Planen. Machen.“ – getreu dieses Leitmotivs erläuterte sie im Plenarsaal des Landtags, wie Aachen die Mobilitätswende konkret umsetzt. Inspirierend waren auch zwei Beiträge aus der Wissenschaft, die

zeigten, wie Politik, Verwaltung und Stadtgesellschaft gemeinsam progressive Entwicklungen gelingen lassen können und welche Bedeutung das Ehrenamt für die Zukunft nicht nur des ländlichen Raumes hat.



Foto: Andreas Endermann/Grüne Fraktion

Welche Energie und welches Engagement die ehrenamtlich kommunalpolitisch Aktiven nach Düsseldorf mitgebracht hatten, wurde in den 25 Workshops deutlich. Begleitet von externen Expert*innen und 29 Grünen Abgeordneten haben sich die Teilnehmer*innen den unterschiedlichsten Themenfeldern gewidmet – von der Kommunalen Wärmeplanung über Kommunalpolitik aus Kindersicht und Ideen für lebendige Innenstädte bis hin zu bezahlbarem Wohnen und Naturschutz in der Stadt.



FDP will „Schattenhaushalte“ der Landesregierung auflösen

Die Antwort auf eine Große Anfrage der FDP-Landtagsfraktion NRW hat offenbart, dass die Landesregierung über die im Haushalt 2025 bereits eingeplanten 2,6 Milliarden Euro derzeit noch über rund 2 Milliarden Euro verfügt, die in sogenannten „Selbstbewirtschaftungsmitteln“ geparkt sind. Trotz dieser Reserven planen CDU und Grüne, neue Schulden aufzunehmen, um den Nachtragshaushalt 2024 und den Landeshaushalt 2025 zu finanzieren. Dirk Wedel, Sprecher für Haushaltskontrolle der FDP-Fraktion, fordert: „Diese Finanzmittel müssen umgehend in den Haushalt zurückgeführt werden, um eine neue Schuldenaufnahme zu vermeiden und den Haushalt zu stabilisieren.“

Schwarz-Grün verletzt hier nicht nur finanzpolitische Grundsätze, sondern auch das Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger. „Der von uns offengelegte Schattenhaushalt

von Schwarz-Grün über insgesamt mehr als sechs Milliarden Euro hätte unter anderem auch schon den schuldenfinanzierten Ukraine-Fonds im Jahr 2023 auskömmlich finanzieren können“, beanstandet Wedel. Auch der Nachtragshaushalt 2024 könne ohne neue Schulden auskommen. Statt jetzt wieder neue Kredite – und somit neue Schulden – aufzunehmen, sollte die Landesregierung ihren Schattenhaushalt komplett auflösen.

„Es ist Zeit für eine verantwortungsvolle und nachhaltige Haushaltspolitik in Nordrhein-Westfalen“, fordert Wedel eindringlich. Die Freien Demokraten werden sich weiterhin dafür einsetzen, dass die finanziellen Mittel des Landes effizient und verantwortungsvoll eingesetzt werden, um die Schuldenlast für zukünftige Generationen zu minimieren und die wirtschaftliche Stabilität Nordrhein-Westfalens zu sichern.



Dirk Wedel (FDP)



Kinderrechte: Gefahr für die elterliche Autonomie?

Kinderrechte – wer könnte etwas dagegen haben? Die Forderung, sie im Grundgesetz zu verankern, wird immer lauter. Befürworter betrachten dies als notwendigen Schritt, um den Schutz der Schwächsten in unserer Gesellschaft zu stärken. Auch in Nordrhein-Westfalen sind entsprechende Initiativen im Gange: Eine Professur für Kinderschutz und Kinderrechte soll geschaffen werden, ebenso ein Beauftragter, der diese Rechte auf politischer Ebene durchsetzt. Doch was steckt dahinter?

Das Grundgesetz räumt Eltern das natürliche Recht auf Pflege und Erziehung ihrer Kinder ein. Eine Verankerung von Kinderrechten im Grundgesetz könnte dieses Elternrecht jedoch abschwächen, da der Staat damit zunehmend in die familiäre Erziehung eingreifen könnte.

Das Problem: Eltern werden unter einen Generalverdacht gestellt. Denn „Kinderrechte“ ist ein dehnbare



Zacharias Schalley (AfD)

Begriff, unter dem der Staat nahezu alles fassen könnte, was er zum Wohle des Kindes interpretiert. Wenn Bildung als Kinderrecht definiert wird und Kitas als Bildungseinrichtungen gelten, könnte der Besuch ab dem

ersten Lebensjahr plötzlich zur Pflicht werden. Oder es könnte der Besuch von Ganztagschulen unter dem Deckmantel der Kinderrechte vom Staat vorgeschrieben werden. Politische und ideologische Vorstellungen könnten so stärker in den Unterricht einfließen und den Einfluss der Eltern auf die Werteerziehung ihrer Kinder Stück für Stück zurückdrängen.

Was also zunächst als Schutz der Kinder scheint, birgt das Risiko einer schrittweisen Erosion der elterlichen Rechte. Die Frage bleibt, ob diese Entwicklung wirklich im besten Interesse der Familien liegt.



Infos auf Papier – auch in Online-Zeiten gefragt

Viele Wege führen zum Landtag. Besucherinnen und Besucher können ihn persönlich oder virtuell erkunden, Plenardebatten im Livestream oder von der Tribüne aus verfolgen, über Social-Media-Kanäle und den Newsletter auf dem Laufenden bleiben oder mit dem Smartphone auf Geocaching-Tour gehen. Im fünften und letzten Teil der Serie wird es klassisch – es geht um Papier. Genauer gesagt: um gedruckte Publikationen.

In der ewigen Bestenliste, so es sie denn gäbe, dürfte „Das Haus der Bürgerinnen und Bürger“ ganz weit oben stehen. Die Broschüre informiert in Text und Bild über die Geschichte des Landtags, seine Architektur und seine Aufgaben. Sie stellt das Landtagspräsidium und die Fraktionsspitzen vor, erklärt, wie Gesetze entstehen, wie Fachausschüsse und Fraktionen arbeiten, wie gewählt wird. Übrigens: Die Publikation ist auch in englischer, französischer und türkischer Sprache erhältlich.

Was bedeutet Demokratie? Und wie funktioniert sie? Auch zu diesen Fragen gibt es eine spezielle Broschüre. Leserinnen und Leser erfahren unter anderem, was Föderalismus bedeutet, was das Prinzip der Gewaltenteilung kennzeichnet. Weitere Themen sind Menschenrechte und die Wahl des Landtags. Die Texte sind stets so formuliert, dass sie ohne Vorkenntnisse verständlich sind.

Einen Schritt weiter geht der Landtag mit seinen Veröffentlichungen in der sogenannten Leichten Sprache. Zielgruppe sind Menschen mit Lernschwierigkeiten und geringen Deutschkenntnissen. Typisch für die Leichte Sprache sind kurze Sätze, der Verzicht auf Fremdwörter und die Beschränkung auf das absolut Wesentliche. Die Leichte Sprache unterscheidet sich von der Standardsprache aber auch in der Grammatik. Passiv, Genitiv, Kon-



junktiv? Gibt es nicht. Abkürzungen werden ebenso vermieden wie hohe Zahlen. So hat Nordrhein-Westfalen in der Leichten Sprache nicht „rund 18,2 Millionen Einwohnerinnen und Einwohner“, sondern einfach „viele“.

Kritischer Blick der Prüfgruppe

Bevor eine solche Broschüre in den Druck geht, schauen sich Prüferinnen und Prüfer aus der Zielgruppe den Entwurf an. Verstehen sie alles? Falls nicht, muss die Redaktion nachbessern. Erst dann darf das Logo, das auf eine Veröffentlichung in Leichter Sprache hinweist, auf den Titel. Die Nachfrage ist groß. Es gibt Veröffentlichungen unter anderem zum Thema Demokratie, zu Petitionen sowie zu den Aufgaben und der Arbeitsweise des Landtags.

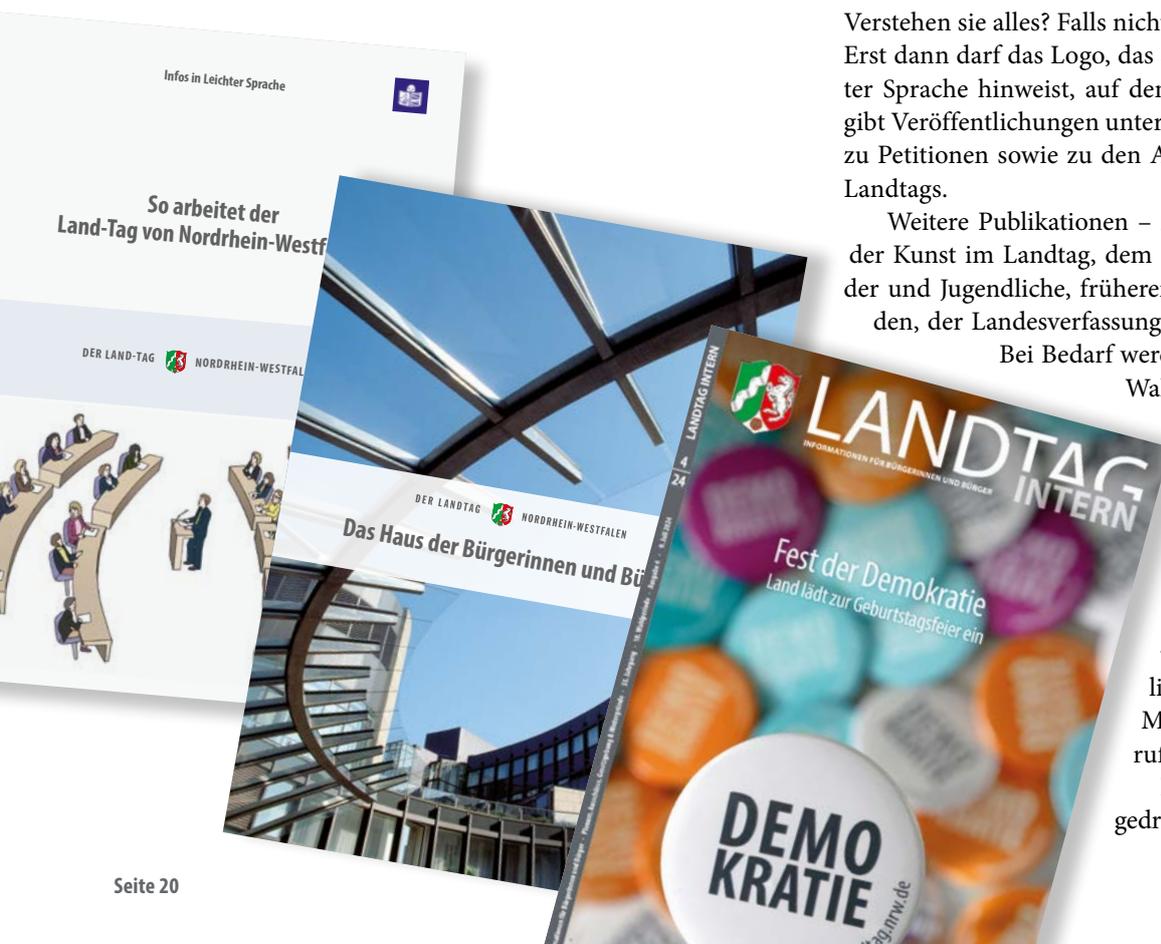
Weitere Publikationen – in Standardsprache – widmen sich der Kunst im Landtag, dem Petitionsrecht, Angeboten für Kinder und Jugendliche, früheren Landtagswahlen und Wahlperioden, der Landesverfassung und dem Landtag als Arbeitgeber.

Bei Bedarf werden sie aktualisiert. Vor allem nach

Wahlen ist das der Fall – zum Beispiel, weil sich Fraktionsstärken geändert haben oder wichtige Positionen neu besetzt wurden. Dann müssen Texte und Grafiken angepasst, Fotos ausgetauscht werden.

Alle Publikationen des Landtags sind kostenlos erhältlich. Wer lieber am Bildschirm liest: In der Mediathek sind sie auch online abrufbar (<https://lt.nrw/publikationen>).

Interessierte können dort zudem die gedruckten Versionen bestellen. *zab*



Neben Landtagspräsident André Kuper am Redepult: RTL-Journalist Christopher Wittich (v.r.), USA-Expertin Rachel Tausendfreund, Politologin Andrea Römmele und Moderatorin Vivien Leue

DER PRÄSIDENT DES LANDTAGS NORDRHEIN-WESTFALEN

Parlamentsgespräch



FORUM

Duell ums Weiße Haus

17. September 2024 – Die Bürgerinnen und Bürger der USA entscheiden am 5. November, wer ins Weiße Haus in Washington einzieht. Was bedeutet der Ausgang der Wahl für die Demokratie in den USA? Über diese Frage haben Expertinnen und Experten beim Parlamentsgespräch im Landtag diskutiert.

Foto: Zanin

Die bevorstehende Richtungswahl in den USA halte die Welt in Atem, sagte André Kuper, Präsident des Landtags Nordrhein-Westfalen, zur Begrüßung der Gäste des Parlamentsgesprächs. „Trump oder Harris, Republikaner oder Demokraten – hier treffen extrem unterschiedliche politische Lager und Weltansichten aufeinander, mit tiefen Einschnitten für die politische Kultur in den USA.“ Angesichts der engen transatlantischen Verflechtungen sei es auch für die Menschen in Nordrhein-Westfalen von Bedeutung, wer künftig im Oval Office an den Schalthebeln der Macht sitze.

Migration, Abtreibung, Wirtschaft – diese Themen bestimmten den Wahlkampf in den USA aktuell, bemerkte Kommunikations- und Politikwissenschaftlerin Andrea Römmele, Professorin an der Hertie School Berlin. Neben inhaltlichen Faktoren seien aber auch die vermeintlich unpolitischen Eigenschaften eines Kandidaten oder einer Kandidatin wahlentscheidend. Wie wird die Person wahrgenommen? Wie souverän ist sie oder er?

Bei der Beantwortung dieser Fragen spiele das englische Wort „weird“ eine zentrale Rolle. Der demokratische Vizepräsidentschaftskandidat Tim Walz habe es in den Wahlkampf eingebracht. Es bedeute im Deutschen so viel wie „seltsam, komisch, unterirdisch“. Die Wahlkampagne der Demokraten ziele darauf ab, Donald Trump genauso erscheinen zu lassen: als weird, schräg. Dass Trump bei einem TV-Duell behauptet habe, Migrantinnen und Migranten würden Katzen und Hunde von US-amerikanischen Bürgerinnen und Bürgern verspeisen, spiele der Kampagne der Demokraten in die Hände, sagte die Politikwissenschaftlerin.

Der Ausgang der Wahl sei aber völlig offen, bemerkte Rachel Tausendfreund, USA-Expertin der Deutschen Gesellschaft für

Auswärtige Politik. Trump vereine die Stimmen aus zwei politischen Lagern der US-amerikanischen Gesellschaft: der Protestwählerinnen und -wähler, die dem System äußerst kritisch gegenüberstünden, sowie der Konservativen, die traditionell eher Republikaner wählten. Das spiele Trump in die Karten.

Polarisierungen zwischen Stadt und Land

Trump-Wählerinnen und -Wähler lebten häufig in ländlich geprägten Gegenden, ergänzte Christopher Wittich, ehemaliger Redaktionsleiter des RTL-Studios in Washington. Überhaupt gebe es ein starkes Stadt-Land-Gefälle in den USA. Wittich berichtete über eine Recherche in den Ozarks, eine Bergregion im Mittleren Westen, gelegen zwischen den Rocky Mountains und den Appalachen. Die Menschen dort seien aus allen Wolken gefallen, als sie hörten, dass sich ein Reporter aus Washington für ihre abgelegene Region interessierte. Daran zeige sich die Distanzierung von der Hauptstadt in Washington, die als Ort der Eliten wahrgenommen werde. Die Fronten einer zunehmenden Polarisierung verliefen häufig zwischen städtischen und ländlichen Regionen.

Egal wer im November die Wahl gewinne, ergänzte Politologin Römmele, stehe vor der schwierigen Aufgabe, für Versöhnung und Aufweichung der Fronten zu sorgen. Auch aus diesem Grund habe Kamala Harris bereits angekündigt, Republikanern und Republikanern an ihrer Regierung zu beteiligen, sollte sie die Wahl gewinnen. Harris wolle Grenzen überwinden. Römmele: „Genau das braucht das Land.“

tob

Wer sich für einen Platz im Publikum beim Parlamentsgespräch anmelden möchte, kann dazu ein Formular auf der Internetseite des Landtags nutzen.

<https://lt.nrw/anmeldung>



Ein Mitschnitt des Parlamentsgesprächs und ein zusammenfassendes Video sind ebenfalls über folgenden Link abrufbar:

<https://lt.nrw/videoportal>



Porträt: Dilek Engin (SPD)

Wie kamen sie in die Politik? Wo liegen ihre politischen Schwerpunkte? Landtag Intern stellt in jeder Ausgabe Abgeordnete vor. Diesmal im Porträt: Dilek Engin (SPD). Die Wuppertalerin ist schulpolitische Sprecherin ihrer Fraktion und Lehrerin für Deutsch und Sozialwissenschaften.

Ihr Weg in die Politik war eigentlich vorgezeichnet. Schon als Schülerin engagierte sich Dilek Engin als Klassensprecherin und in der Schülervertretung. Auch aus ihrem Elternhaus bekam sie mit auf den Weg: Engagement ist wichtig – „und Bildung, die stand für meine Eltern immer an erster Stelle“, erzählt die schulpolitische Sprecherin der SPD-Fraktion.

Aufgewachsen ist die 43-Jährige in Wuppertal, ihre Großeltern kamen als Gastarbeiter aus der Türkei nach Deutschland, auch ihre Eltern arbeiteten dort in einer Fabrik: „Meine Mutter ist bis heute traurig, dass sie keine Schule besuchen konnte“, erzählt die Abgeordnete, auch deshalb sei der Zugang zu Bildung immer wichtig gewesen. „Damit stand immer fest, wo unsere politische Heimat ist“, sagt Dilek Engin. „Wir sind ein SPD-Haushalt.“

Und ein Haushalt, in dem viel gelesen wurde. Wenn ihr Vater die türkische Zeitung beiseitelegte, schnappte sie sich die Seiten, brachte sich selbst das Lesen auf Türkisch bei. Gemeinsam mit ihrer Mutter und ihrem Bruder ging sie regelmäßig ins

Wuppertaler „Bücherschiff“, eine Kinder- und Jugendbücherei, in der sie stundenlang auf dem Boden sitzen und lesen konnte. „Jedes Kind sollte Zugang zur Bildung haben“, davon ist Dilek Engin überzeugt.

Seit 2012 SPD-Mitglied

Sie selbst studierte Deutsch und Sozialwissenschaften auf Lehramt, arbeitete nach ihrem Referendariat in einer Gesamtschule. Eine Kollegin nahm sie mit auf eine SPD-Veranstaltung, 2012 trat sie in die Partei ein. Als 2014 ein Kommunalwahlkreis in Wuppertal frei wurde, kandidierte Engin und konnte den Wahlkreis für die SPD zurückgewinnen.

Einige Jahre lang engagierte sie sich in der Kommunalpolitik – dann zog es sie nach Düsseldorf: „Wenn es um Schulpolitik geht, sind einem auf kommunaler Ebene immer die Hände gebunden. Das meiste wird einfach in der Landespolitik entschieden.“

Seit dieser Legislaturperiode sitzt Dilek Engin im Landtag, ist nun Vollzeit-Politi-

kerin. Ihre Berufserfahrung als Lehrerin helfe ihr dabei enorm, sagt sie: „Unser Schulsystem ist in den 1960er-Jahren stehen geblieben, im Grunde muss es völlig neu gedacht werden.“

Dabei bringe es nichts, „immer nur da zu löschen, wo es gerade brennt“. Stattdessen müsse man viel grundsätzlicher an die Probleme herangehen. „Wir müssen uns zum Beispiel viel früher anschauen, ob Kinder fit für die Schule sind – in anderen Bundesländern wie Baden-Württemberg ist das längst Standard“, sagt Engin. „Wenn wir Kinder nicht früh genug da abholen, wo sie stehen, sie fördern und unterstützen, dann resignieren sie“, sagt die SPD-Politikerin. „Alles fängt mit Bildung an – damit kann sie auch die Lösung für viele Probleme sein.“

Auch an anderer Stelle will sie Schülerinnen und Schüler früher erreichen. „Wir müssen Medienkompetenz stärker in den Lehrplan einbauen“, sagt Engin. Kinder und Jugendliche müssten lernen, Informa-

Nachgefragt

Was ist Ihr Lieblingsbuch und warum?

Mein Lieblingsbuch ist „Faust“ von Goethe. Es passt perfekt auch in unsere heutige Zeit, da es die Verknüpfung von Wissenschaft, Liebe und Weltreligionen thematisiert. Es zeigt, dass es nicht nur eine Wahrheit gibt und dass ein respektvolles, friedliches gesellschaftliches Miteinander mit Toleranz und gegenseitigem Verständnis möglich ist. Eine Herausforderung, der wir uns gerade auch in der gegenwärtigen Zeit umso mehr stellen müssen.

Welche Musik hören Sie gerne?

Ich höre gerne Pop-Musik aller Art. Von Beyoncé, Taylor Swift, Adele, Coldplay bis zu Klassikern wie U2 und Bruce Springsteen.

Was haben Sie immer in Ihrem Kühlschrank vorrätig?

In meinem Kühlschrank sind immer Möhren und Tomaten zu finden. Am besten die, die meine Mutter in ihrem Garten selbst züchtet.

Ihr liebstes Reiseziel?

Mein liebstes Reiseziel ist die Türkei. Die Wurzeln meiner Familie liegen dort und es ist ein wunderschönes Reiseland. Ich liebe es, mich zwischen den zwei Kulturen und Sprachen (deutsch und türkisch) zu bewegen, die jede für sich und in Kombination sehr gewinnbringend für mich sind.



Schützenempfang

Mehr als 1.000 Schützinnen und Schützen sind am 8. Oktober 2024 zum Landtag gezogen und haben mit einem Zapfenstreich für eine besondere Atmosphäre gesorgt. Der Präsident des Landtags, André Kuper, begrüßte die Gäste zum parlamentarischen Abend der Schützenverbände in Nordrhein-Westfalen. André Kuper sagte: „Das Schützenbrauchtum ist ein zentraler Teil der Geschichte und Kultur unseres Landes. Die Schützinnen und Schützen bewahren nicht nur Traditionen, sondern stiften Identifikation vor Ort. Ihr soziales und ehrenamtliches Engagement hält Gemeinschaften zusammen. Sie gehören zu den guten Seelen unserer Gesellschaft. Ihre ehrenamtliche Arbeit fördert den sozialen Zusammenhalt und ist damit essenziell für das Funktionieren unserer Demokratie.“ Zahlreiche Abgeordnete des Landtags hatten Schützinnen und Schützen aus ihrer Heimat ins Parla-



Präsident André Kuper begrüßte die Schützinnen und Schützen im Landtag. Foto: Zanin

ment eingeladen. Entsprechend kamen die Gäste auch aus allen Teilen des Landes – von der niederländischen Grenze bis zum Sauerland und vom Sieger- bis zum Münsterland. Das Schützenwesen ist seit 2015 immaterielles Weltkulturerbe der Unesco.

Korrektur

Im Bericht „Islam und Religionsunterricht“ (Landtag Intern 5/2024) wurde beim CDU-Abgeordneten Florian Braun versehentlich ein falscher Vorname genannt. Die Redaktion bedauert den Fehler und bittet um Entschuldigung.

Neue Ausgabe

Die nächste Ausgabe der Parlamentszeitschrift Landtag Intern erscheint am Dienstag, 19. November 2024. Sie ist ab Freitag, 15. November 2024, online abrufbar unter www.landtag.nrw.de.

tionen einzuordnen und Quellen kritisch zu hinterfragen.

Auch wenn die Landtagsabgeordnete nicht mehr als Lehrerin arbeitet, besucht sie Schulen so oft es geht: „Ich will dranbleiben und verstehen, welche Sorgen dort akut sind.“ Denn das habe sie früher als Lehrerin immer bemerkt: „Wenn jemand nur so tut, als ob er sich auskennt.“ Sie selbst habe gute Erinnerungen an ihre Schulzeit. „Wir hatten tolle Lehrer, vor allem in Deutsch, das war immer mein Lieblingsfach.“

Mit ihrer Familie lebt Dilek Engin bis heute in Wuppertal. „Das ist meine Heimat, ich bin nie aus der Stadt herausgekommen“, erzählt sie und lacht. Schulzeit, Studium und erster Job – immer blieb sie in der gleichen Stadt. Erst seit sie im Landtag sitzt, ist sie in ganz Nordrhein-Westfalen unterwegs, nimmt fast täglich Termine in einer anderen Stadt wahr.

Abschalten kann Dilek Engin am besten beim Joggen: „Dafür stehe ich auch gern schon mal um sechs Uhr morgens auf“, sagt sie. Oder sie geht gemeinsam mit Freunden auf Wandertour – auch das könne man in ihrer Heimat Wuppertal sehr gut.

Maike von Galen

Zur Person

Dilek Engin wurde 1981 in Wuppertal geboren. Nach dem Abitur im Jahr 2002 studierte sie die Fächer Deutsch und Sozialwissenschaften auf Lehramt für Gymnasium/Gesamtschule an der Bergischen Universität Wuppertal. Das Erste Staatsexamen legte sie 2011 ab. Nach Referendariat und Zweitem Staatsexamen arbeitete sie als Studien- und Oberstudienrätin an der Gesamtschule Else Lasker-Schüler in Wuppertal-Elberfeld. Engin ist seit 2012 Mitglied der SPD, seit 2022 stellvertretende Unterbezirksvorsitzende in Wuppertal. Seit 2014 ist sie Mitglied im Rat der Stadt Wuppertal und seit Juni 2022 Abgeordnete des Landtags Nordrhein-Westfalen.

Herausgeber: Der Präsident des Landtags Nordrhein-Westfalen, André Kuper, Platz des Landtags 1, 40221 Düsseldorf, Postfach 10 11 43, 40002 Düsseldorf

Redaktion (red): Wibke Busch (wib, V.i.S.d.P.), Michael Zabka (zab), Thomas Becker (tob), Sonja Wand (sow), Bernd Schälte (bs, Bildredaktion); Telefon (0211) 884-2472 (zab), 884-2442 (wib), 884-2304 (tob), 884-2064 (sow), 884-2309 (bs), landtag-intern@landtag.nrw.de

Redaktionsbeirat: Parlamentarische Geschäftsführer/-innen: Matthias Kerkhoff (CDU), Ina Blumenthal (SPD), Mehrdad Mostofizadeh (Grüne), Marcel Hafke (FDP), Andreas Keith (AfD), Pressesprecher/-innen: Dirk Michael Herrmann (CDU), Andreas Hahn (SPD), Arne Lieb (Grüne), Tobias Havers (FDP), Kris Schnappertz (AfD).

Redaktionsschluss: Freitag, 11. Oktober 2024, 11.30 Uhr
Nachdruck mit Quellenangabe erbeten. Kürzungen oder Veränderungen der Beiträge sind nicht zulässig.

Die Beiträge aus den Rubriken „Aus den Fraktionen“ und „Standpunkte“ liegen in der alleinigen Verantwortung der jeweiligen Fraktion.

Ein Nachdruck der Beiträge aus den Rubriken „Aus den Fraktionen“ und „Standpunkte“ ist nur mit Zustimmung der jeweiligen Fraktionspressestelle und bei entsprechender Quellenangabe möglich.

Eine Verwendung für die eigene Öffentlichkeitsarbeit von Parteien, Fraktionen, Abgeordneten oder Wahlbewerberinnen und -bewerbern – insbesondere zum Zweck der Wahlwerbung – ist unzulässig.

Titelfoto: Hartmann

Auflage: 30.000

Satz: de haar grafikdesign, Köln · www.dehaar.de

Herstellung und Versand: reha gmbh zur beruflichen und sozialen Teilhabe von Menschen mit Behinderung, Dudweilerstraße 72, 66111 Saarbrücken

Internet-Adressen: www.landtagintern.de, www.landtag.nrw.de

Landtag Intern wird auf umweltschonend hergestelltem, chlorfrei gebleichtem Papier gedruckt.

Weitere Hinweise

Leserservice und kostenloses Abonnement

Sie sind umgezogen und haben eine neue Adresse oder möchten Landtag Intern kostenfrei abonnieren?

Dann wenden Sie sich bitte postalisch, telefonisch oder per E-Mail an die Öffentlichkeitsarbeit des Landtags NRW, Telefon (0211) 884-2129 (montags bis freitags, 9 bis 13 Uhr), landtag-intern@landtag.nrw.de

Vielen Dank! Ihre Landtag-Intern-Redaktion

Jugendlandtag



Vom 7. bis 9. November 2024 übernehmen wieder Jugendliche und junge Erwachsene den Landtag: Beim Jugendlandtag schließen sie sich in Fraktionen zusammen, wählen ihre Vorstände, debattieren über Anträge und beraten diese mit Sachverständigen. Themen des diesjährigen Jugendlandtags sind „Mehr Praxisnähe und Finanzbildung in der Schule“ sowie die mentale Gesundheit von Jugendlichen. Höhepunkt ist die Plenarsitzung am Samstag, 9. November 2024. Sie wird ab 10 Uhr live im Internet übertragen unter www.landtag.nrw.de.